

## Niederschrift

**über die in der 15. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales  
am 19.02.2020 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159)  
gefassten Beschlüsse**

Beginn der Sitzung : 16:00 Uhr  
Ende der Sitzung : 17.35 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung : 17:35 Uhr  
Ende der nichtöffentlichen Sitzung : 17:36 Uhr

### anwesend sind

Poell, Peter	Goch
Hendriks, Ludger	Goch
Erkens, Hans-Willi	Geldern
Hohl, Peter	Kevelaer
Dr. Krebber, Klaus	Emmerich
Mulder, Andy	Kleve
Kerkenhoff, David	Kalkar
Koppers, Josef	Goch
Gorißen, Dietmar	Kleve
Looschelders, Herbert	Kleve
Velten, Thomas	Kleve
Ketelaers, Dirk	Rheurdt
Engler, Gerd	Goch
Rupp, Thorsten	Emmerich
Kreutzmann, Andrea	Geldern
Habicht, Kai	Kerken

### beratendes Mitglied

-

### entschuldigt sind

Höhn, Birgitt	Kevelaer
Schmidt, Gabriele	Kleve
Kersten, Gertrud	Kranenburg
Killewald, Norbert	Kevelaer

### anwesend sind von der Verwaltung

Landrat Wolfgang Spreen  
Günter Franik  
Andrea Schwan

### als Schriftführer

Dirk Gaubitz

- - - - -

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Soziales. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Es erklärt sich niemand für befangen im Sinne der Kreisordnung.

- - - - -

### Öffentliche Sitzung

1. Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II  
Bericht über den aktuellen Sachstand
2. Arbeitsgruppe zur Lage von LeiharbeiterInnen im Kreis Kleve einsetzen  
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2019
3. Tätigkeitsbericht der Überwachungsbehörde nach § 14 Abs. 12 WTG  
für das Jahr 2019
4. Tätigkeitsbericht der Fachstelle für behinderte Menschen im Arbeitsleben für das Jahr 2019  
Leistungen und Maßnahmen der Fachstelle für behinderte Menschen im Arbeitsleben des  
Kreises Kleve
5. Kommunale Pflege- und Gesundheitskonferenz des Kreises Kleve (KPGK)  
Bericht aus der letzten Sitzung
6. Forum für Seniorinnen und Senioren  
Bericht aus der letzten Sitzung
7. Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) im Kreis Kleve  
Aktueller Stand
8. Lebensmittelüberwachung im Kreis Kleve  
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2019

9. Fortschreibung des Pflegebedarfsplanes und des Demografiekonzeptes für den Kreis Kleve
10. Mitteilungen
11. Anfragen

- - - - -

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

**Vorlage Nr. 1192 /WP14**

Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II  
Bericht über den aktuellen Sachstand

---

Herr Engler dankt für seine Fraktion für die Informationen und weist darauf hin, dass einige der genannten Zahlen auf eine erfreuliche Entwicklung schließen lassen. Die Zahl der „Erwerbsaufstocker“ sei zwar gesunken, liege aber immer noch bei einem hohen Anteil von 30 %.

Er erkundigt sich, ob es für die Syrer als größte Gruppe bei den Flüchtlingen im SGB II-Bezug spezielle Maßnahmen gebe. Der Personenkreis der Flüchtlinge habe zudem Probleme mit der Anerkennung ihrer ausländischen Abschlüsse. Positiv sei auch der deutliche Rückgang der Langzeitleistungsbezieher. Er gehe davon aus, dass § 16i SGB II hierzu beigetragen habe und die eingesparten Mittel in den Kreishaushalt zurückgeführt werden.

Frau Schwan teilt mit, dass keine nach Staatsangehörigkeit oder Herkunft zu differenzierenden Zielgruppen gebildet werden müssen. Sobald die Sprachprobleme behoben seien, könne auf das vorhandene Maßnahmenportfolio zurückgegriffen werden. Spezielle Maßnahmen seien nicht erforderlich. Hinsichtlich der Anerkennung ausländischer Abschlüsse gebe es keine größeren Probleme. Die zu begehenden Wege seien bekannt und es gebe eine gute Zusammenarbeit mit den verschiedenen Organisationen. Die Umsetzung des § 16i SGB II habe zum Rückgang der Langzeitleistungsbezieher beigetragen. Bei den ersparten Leistungen handele es sich überwiegend um Bundesmittel. Diese werden daher nicht dem Kreishaushalt zugeführt.

Herr Looschelders hebt die positive Entwicklung bei den Langzeitleistungsbeziehern hervor. Der Prozentsatz der Aufstocker sei immer noch sehr hoch. Das Verfahren für die Betroffenen werde immer komplizierter. Er begrüße das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, wonach Bezieher von SGB II-Leistungen nicht mehr so schnell und weitreichend sanktioniert werden können. Einen entsprechenden Antrag auf Aussetzung der Sanktionen habe seine Fraktion bereits in der Vergangenheit erfolglos gestellt. Er stelle sich die Frage, wie mit Altfällen umgegangen und ob die Richtlinie der Bundesagentur für Arbeit angewendet werde.

Frau Schwan teilt mit, dass rechts- bzw. bestandskräftige Bescheide bestehen bleiben. In den laufenden Fällen werden Bescheide angepasst und ggf. zurückgenommen. Zahlen zu den Fällen liegen nicht vor. Die fachlichen Weisungen der Bundesagentur zu den Sanktionen werden angewendet. Pflichtverletzungen werden weiterhin geahndet. Die Sanktionen überschreiten jedoch nicht mehr als 30 % des maßgebenden Regelbedarfs. Zudem werde in jedem Fall das Vorliegen einer außergewöhnlichen Härte geprüft.

Herr Habicht erkundigt sich nach der Höhe und der Zusammensetzung der im Jahr 2019 geleisteten finanziellen Aufwendungen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Er bittet um Information darüber, wie sich der Anteil der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten aus den Krisenstaaten entwickelt habe.

Frau Schwan verweist auf den Monatsbericht „Grundsicherung für Arbeitssuchende“, welcher auf der Homepage des Kreises Kleve veröffentlicht und abrufbar sei. Im Jahre 2019 beliefen sich die Aufwendungen für das Arbeitslosengeld II auf 61.598.000 €, für Kosten der Unterkunft auf 38.753.000 € und Integration auf 10.871.000 €. Von den Kosten der Unterkunft betrug der kommunale Anteil 26.778.000 €. Die Gesamtaufwendungen beliefen sich auf rund 111.222.000 €. Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten aus den TOP 8-Krisenstaaten war mit rund 500 Personen bis Mitte des Jahres 2016 relativ gleichbleibend. Auf Grund der Flüchtlingskrise gab es einen Anstieg auf über 1.500 Menschen im SGB II-Bezug. Seitdem seien die Zahlen der Leistungsberechtigten leicht rückläufig.

### **Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

**Vorlage Nr. 1204/WP14**

Arbeitsgruppe zur Lage von LeiharbeiterInnen im Kreis Kleve einsetzen  
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2019

---

Herr Rupp merkt an, dass die Antwort des Landrates zeige, dass dieser nur ein geringes Interesse habe, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Entgegen dessen Angaben bestehe sehr wohl die Notwendigkeit, sich mit diesem Thema zu befassen. Neben den betroffenen Kommunen beschäftigt sich auch das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Thema. Der Bürgermeister der Stadt Emmerich am Rhein habe sich ebenfalls des Themas angenommen. Mit Unterstützung des Kreises Kleve wären die Erfolgsaussichten zur Behebung der Problematik größer. Auch das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung habe empfohlen, Arbeitsgruppen einzusetzen. Diese dienen auch dazu einen Verdrängungseffekt zu vermeiden um andere Kommunen im Kreis Kleve nicht mit dem Problem zu belasten. Es gebe zwar regelmäßige Treffen der Ordnungsbehörden. Das Problem der LeiharbeiterInnen sei aber nur eins von mehreren Problemen auf der Tagesordnung. Der Arbeitsgruppe sollten zudem neben den Ordnungsbehörden auch andere Stellen wie die Bauaufsicht und Integrationsbeauftragte angehören. Der Kreis Kleve solle nicht nur die Arbeitsgruppe einladen sondern auch Mittler sein. Es ergehe daher die Bitte an den Landrat und der Ausschussmitglieder, den Antrag zu unterstützen.

Herr Mulder hebt als unstrittig hervor, dass es einen regelmäßigen Austausch zwischen Landrat und Bürgermeister gebe und daraus kein Wunsch zu einem weiteren Tätigwerden des Landrates hervorgegangen sei. Ungeachtet dessen bestehe weder eine originäre Zuständigkeit noch ein Ansatz für ein Tätigwerden des Kreises Kleve.

Herr Looschelders berichtet, dass er Ende vergangenen Jahres an einer Veranstaltung zur Leiharbeit teilgenommen habe. Bei den LeiharbeiterInnen handele es sich hauptsächlich um osteuropäische Arbeitsmigranten. Er sieht hier einen Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung der LeiharbeiterInnen. Die katholische Kirche und das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales seien bereits weiter als der Kreis Kleve. Der Kreis Kleve müsse hier tätig werden.

Herr Velten teilt mit, dass die Situation in Kleve nicht so dramatisch sei wie in Emmerich am Rhein. In seiner Nachbarschaft befanden sich Immobilien, in denen dieser Personenkreis untergebracht war. Die Migranten würden hin- und hergeschoben. Diese erleiden einen hohen persönlichen Druck. Die Probleme existieren in verschiedenen kreisangehörigen Kommunen. Daher sei es sinnvoll, dass der Kreis Kleve einen Austausch organisiere.

Landrat stellt fest, dass er das von Herrn Rupp inhaltlich zum Ausdruck gebrachte Versagen der Städte und Gemeinden bei diesem Thema nicht bestätigen kann. Die Städte und Gemeinden seien kraft Gesetzes im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung zuständig. Der SPD-Antrag missachte die gesetzlichen Zuständigkeiten. Der Antrag negiere, dass sehr wohl ein Austausch zwischen Bürgermeistern und Landrat erfolge. Und der Antrag gehe von der merkwürdigen Vorstellung aus, dass immer dann, wenn mehrere Kommunen ein gleichartiges Problem haben, ein Unzuständiger die Aufgabenwahrnehmung koordinieren solle. Und soweit auf ein Tätigwerden des Landes hingewiesen werde, sei festzustellen, dass das Land – anders als der Kreis – gesetzliche Zuständigkeiten in diesem Themenfeld habe.

Herr Gorißen teilt mit, dass er den Antrag ablehnen werde. Die Probleme bestünden nicht nur bei den LeiharbeiterInnen, sondern auch bei den WerkvertragsarbeiterInnen. Viele dieser ArbeiterInnen seien in den Niederlanden beschäftigt. Es sei niederländisches Recht anwendbar. Dieses sei nicht vergleichbar mit deutschem Recht. Er sieht keine Zuständigkeit des Kreises Kleve. Jede Kommune sei in der Lage, die Probleme eigenständig zu lösen.

Herr Habicht verweist auf die sinkenden Werte der Immobilien der Anwohner. Er halte neben einem Eingreifen der Ordnungsbehörden auch ein Tätigwerden der Polizei für erforderlich, falls sich die Menschen nicht ordentlich benehmen.

Landrat teilt mit, dass eine unmittelbare Einwirkung in Form einer Entscheidung auf die Ordnungsbehörden nicht möglich sei. Gleiches gelte für die Polizei. Die Polizei habe Straftaten zu verfolgen und zu verhindern. Diese liegen hier nicht vor.

Herr Looschelders sieht eine Ausbeutung der Menschen und deren menschenwürdige Unterbringung. Dieses Problem könne durch die Polizei nicht gelöst werden.

Herr Rupp vertritt die Auffassung, dass die Situation der Anwohner sehr wohl im Fokus stehe. In Emmerich am Rhein wurde eine Dialogveranstaltung mit Anwohnern durchgeführt. Die Stadt Emmerich am Rhein habe getan, was getan werden konnte. Es sei nun Aufgabe des Landrates, tätig zu werden. Er sei nicht nur Chef der Verwaltung sondern auch für die Bürger da.

Herr Hohl stellt fest, dass von allen Anwesenden das Problem der LeiharbeiterInnen wahrgenommen werde. Die Zuständigkeitsfrage sei allerdings klar geregelt.

Herr Poell weist darauf hin, dass die geschilderte Problematik bereits mehrfach thematisiert worden sei. Es liege ein kompliziertes Geflecht vor mit niederländischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern in den Niederlanden sowie die fehlende Anwendung deutschen Tarif- und Arbeitsschutzrechts mangels Zuständigkeit. Die Situation werde von allen bedauert. Die betroffenen Städte ergreifen diverse Aktivitäten, um diese Probleme zu lösen.

**Beschluss:**

Der Antrag der SPD-Fraktion wird abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich**

Ja-Stimmen: 6  
Nein-Stimmen: 10  
Enthaltungen: 0

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

**Vorlage Nr. 1187/WP14**

Tätigkeitsbericht der Überwachungsbehörde nach § 14 Abs. 12 WTG für das Jahr 2019

---

Herr Engler erkundigt sich, wie mit festgestellten Mängeln umgegangen werde. Nach vorliegendem Bericht war die Verhängung eines Belegungsstopps erforderlich. Der Anlage 2 sei zu entnehmen, dass die Noten im Bereich Pflege schlechter geworden seien. Hier könnte der Mangel an Pflegefachkräften ein Grund sein.

Herr Franik teilt mit, dass i.d.R. Beratungsgespräche zur Beseitigung der Mängel ausreichend seien. Die Verhängung eines Belegungsstopps sei sehr selten. Die Pflege werde von Seiten des MDK geprüft. Die Einrichtungen im Kreis Kleve erfüllen die Fachkraftquote von 50 %.

Herr Velten teilt mit, dass nachts nur eine Pflegefachkraft für zwei Etagen zuständig sei. Ihn interessiere, welche Erfahrungen bei den Nachtprüfungen gemacht wurden.

Herr Franik berichtet, dass nachts nur die Einhaltung der Fachkraftquote durch die Heimaufsicht überprüft werde. Mängel wurden bisher nicht festgestellt.

Herr Looschelders führt aus, dass das Notensystem umgestellt werden solle.

Herr Franik teilt mit, dass zum 01.11.2019 der MDK neue Prüfungsrichtlinien anwende und das bisherige Noten-System abgeschafft worden sei.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

**Vorlage Nr. 1188/WP14**

Tätigkeitsbericht der Fachstelle für behinderte Menschen im Arbeitsleben für das Jahr 2019  
Leistungen und Maßnahmen der Fachstelle für behinderte Menschen im Arbeitsleben des Kreises Kleve

---

Herr Engler erkundigt sich, ob es eine Erklärung für die Zunahme der Kündigungsverfahren gebe und es sich bei der Verlagerung der personellen Unterstützung zum Inklusionsamt Köln um einen Zuständigkeitswechsel handele.

Herr Franik teilt mit, dass kein Trend bei den Kündigungsverfahren erkennbar sei. Bei der Verlagerung der personellen Unterstützung handele es sich um einen Zuständigkeitswechsel. Das Förderungs- und Finanzierungsrecht sei nicht geändert worden.

Herr Rupp stellt fest, dass die Kündigungsverfahren bei langfristigen Erkrankungen und verhaltensbedingten Gründen stark gestiegen seien. Er frage sich, ob hier ein Trend erkennbar sei.

Herr Franik teilt mit, dass bis zur Erstellung der Vorlage im Jahr 2020 nur ein Kündigungsschutzverfahren eingeleitet wurde. Ein Trend sei daher nicht erkennbar.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

**Vorlage Nr. 1178/WP14**

Kommunale Pflege- und Gesundheitskonferenz des Kreises Kleve (KPGK)  
Bericht aus der letzten Sitzung

---

Herr Velten erkundigt sich, ob die zwei vorgestellten Vorschläge zur Behebung des Ärztemangels eher theoretische oder realistische Lösungsansätze seien.

Landrat teilt mit, dass das Collegium Augustinianum Gaesdonck sowie die Stiftung „Karakter“ die Gelegenheit genutzt haben, sich vorzustellen. Das Konzept der „Advanced Class Medical Science“ soll den Beruf näherbringen. Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten bereits Qualifizierungen. Studienabbrüche werden dadurch minimiert. Die Stiftung „Karakter“ ist in den Niederlanden umfangreich tätig und möchte auch in Deutschland tätig werden und mit vergleichbaren Stellen zusammenarbeiten.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

**Vorlage Nr. 1179/WP14**

Forum für Seniorinnen und Senioren  
Bericht aus der letzten Sitzung

---

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

### **Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

**Vorlage Nr. 1189/WP14**

Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) im Kreis Kleve  
Aktueller Stand

---

Herr Looschelders erkundigt sich danach, ob die auf den Kreis Kleve im Rahmen der Umsetzung des BTHG zukommenden Kosten bekannt seien. Er bittet um Informationen darüber, wie die Zuständigkeit für Fachleistungen der über 65-jährigen geregelt sei und welche weiteren Änderungen von Zuständigkeiten eingetreten seien.

Herr Franik erklärt, dass die Übernahme der Fälle sehr gut funktioniert habe. Angaben zu den haushaltsrechtlichen Auswirkungen könnten noch nicht gemacht werden. Die Prognosen für das Jahr 2020 können dem Haushaltsplan entnommen werden. Der Niederschrift werde eine Anlage mit den Zuständigkeiten beigelegt (siehe Anlage).

### **Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

**Vorlage Nr. 1186/WP14**

Lebensmittelüberwachung im Kreis Kleve  
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2019

---

Herr Engler bedankt sich für die Antwort. Diese werfe allerdings weitere Fragen auf. Die Kontrollfrequenz habe eine große Spanne von wöchentlich bis alle 36 Monate. Er gehe davon aus, dass bei geringem Risiko weniger und bei höherem Risiko häufiger kontrolliert werde. Auch erkundigt er sich, ob genügend Personal eingesetzt sei oder hier nachgesteuert werden müsse.

Herr Velten bittet um Beispiele, welche Betriebe selten und welche häufiger kontrolliert werden. Er erkundigt sich, ob die Kontrolle des Milchviehs ebenfalls in der Tabelle aufgeführt sei.

Herr Poell erklärt, dass es vermutlich Unterschiede zwischen der Kontrolle von Lebensmittelprodukten und der Überwachung der Tierhaltung gebe.



Herr Rupp bittet um Auskunft, wie mit festgestellten Beanstandungen umgegangen werde und wie das damit verbundene weitere Vorgehen sei. Er erkundigt sich wie mit Fällen von Wiederholungsbeanstandungen umgegangen werde. Er gehe davon aus, dass es unterschiedliche Eskalationsstufen gebe.

Landrat teilt mit, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

**Vorlage Nr. 1195/WP14**

Fortschreibung des Pflegebedarfsplanes und des Demografiekonzeptes für den Kreis Kleve

---

Herr Engler stellt fest, dass das vorhandene Demografiekonzept von der TU Dortmund erstellt worden sei. Diese habe auch erstmalig den Pflegebedarfsplan erstellt. Dieser sei durch den Kreis Kleve fortgeschrieben worden. Er erkundigt sich, ob die TU Dortmund mit der Fortschreibung des Pflegebedarfsplanes und des Demografiekonzeptes beauftragt werden solle.

Herr Franik teilt mit, dass eine Entscheidung noch nicht getroffen sei. Das Vergabeverfahren werde im Frühjahr durchgeführt. Es handele sich hier um eine Information an den Ausschuss.

Herr Rupp erkundigt sich, ob eine Beschlussfassung für die Beauftragung der TU Dortmund anstehe.

Landrat erklärt, dass eine Entscheidung über die Beauftragung in dem durchzuführenden Vergabeverfahren ergeht. Es könnten jetzt höchstens inhaltliche Vorgaben erfolgen.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Mitteilungen

---

Es erfolgen keine Mitteilungen.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Anfragen

---

Anfragen werden nicht gestellt.

-----

**Nichtöffentliche Sitzung**

12. Mitteilungen

13. Anfragen

-----

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

**Nichtöffentliche Sitzung**

Mitteilungen

---

Es erfolgen keine Mitteilungen.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

**Nichtöffentliche Sitzung**

Anfragen

---

Anfragen werden nicht gestellt.

---

Gaubitz  
(Schriftführer)

---

Poell  
(Vorsitzender)